

UMSCHAU

Jugoslawien – ein schweres Erbe Zur politischen Situation am Ende der Ära Tito

Mehr als vier Jahrzehnte stand Tito an der Spitze Jugoslawiens und bestimmte mit seinen Freunden E. Kardelj und V. Bakarić das Schicksal dieses Vielvölkerstaats. Deshalb fragten schon zu seinen Lebzeiten viele, wie es ohne diesen charismatischen Führer auf dem Balkan weitergehen wird. Manche befürchteten, die bestehenden nationalen Spannungen könnten zu Machtkämpfen führen, die das Land spalten und die Sowjetunion zur Intervention veranlassen. Diese Sorgen erwiesen sich als unbegründet, weil Tito die gesetzlichen und politischen Voraussetzungen für eine kollektive Führung geschaffen hatte, die eine Machtkonzentration verhinderte und einen geordneten Regierungswechsel ermöglichte. Ein Staatspräsidium, in dem jede Republik und jede autonome Provinz vertreten sind, übernahm nach Titos Tod die Verantwortung und damit zahlreiche Probleme, die man nicht anzupacken gewagt hatte, solange die alte Garde lebte. Da die neue Führungsmannschaft gewohnt war, Titos Anweisungen zu befolgen und möglichst wenig Eigenverantwortung zu übernehmen, konnte man sich besorgt fragen, ob sie die vielschichtigen gesellschaftlichen, nationalen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten überhaupt bewältigen kann.

Um diese Probleme zu verstehen, muß man die Geschichte des Landes kennen. Eine verständliche, leicht lesbare Einführung und einen guten Überblick geben die von Peter Bartl skizzierten „Grundzüge der jugoslawischen Geschichte“¹. Sie beschreiben die historische und politische Entwicklung der verschiedenen Völker, die von der slawischen Landnahme bis zur Machtergreifung Titos auf jugoslawischem Gebiet gelebt haben. Zwischen diesen Völkern, deren gemeinsame Geschichte allerdings erst nach dem Ersten Weltkrieg beginnt, bestehen große kulturelle, re-

ligiöse und wirtschaftliche Unterschiede. Diese sind teilweise darauf zurückzuführen, daß die Kroaten und Slowenen jahrhundertlang zu Österreich-Ungarn gehörten, überwiegend römisch-katholisch sind und sich deshalb nach Mitteleuropa orientieren. Die Serben blicken als orthodoxe Christen mehr nach Byzanz und verwenden die kyrillische Schrift. Sie bilden die größte ethnische Gruppe in Jugoslawien und gehörten zusammen mit anderen südslawischen Völkern fast fünfhundert Jahre zum Osmanischen Reich. Die lange Herrschaft der Türken veranlaßte viele, zum Islam überzutreten.

Im Ersten Weltkrieg kämpften Kroaten und Slowenen an der Seite Österreichs gegen die Serben. Dennoch beschließen diese drei Völker am Ende des Krieges, in einem gemeinsamen „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ zusammenzuleben. Diese konstitutionelle Monarchie zerbricht an den unüberwindlichen Gegensätzen zwischen Kroaten und Serben, Föderalisten und Zentralisten. Um die Staatskrise zu überwinden, schafft König Alexander das Parlament ab, übernimmt alle Machtbefugnisse und gibt seinem Land den Namen „Jugoslawien“. Da es ihm jedoch nicht gelingt, die nationalen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, wird der Widerstand gegen seine Diktatur so stark, daß er bei einem Staatsbesuch in Frankreich am 9. Oktober 1934 einem Attentat zum Opfer fällt. Das Schicksal des jugoslawischen Königreichs besiegelt im April 1941 der Einmarsch der deutschen Truppen, denen sich nach der Kapitulation zunächst nur die national-serbischen Četniks unter D. Mihailović und erst später auch die von Tito geführten kommunistischen Partisanen widersetzen.

Aus diesen Kämpfen geht Tito als Sieger hervor

und beginnt schon während des Zweiten Weltkriegs, ein sozialistisches Jugoslawien nach sowjetischem Vorbild aufzubauen. Als überzeugte Marxisten-Leninisten sind die jugoslawischen Kommunisten der Sowjetunion treu ergeben und von Stalin völlig abhängig. Dies hindert Tito jedoch nicht daran, auf dem Balkan eigene Interessen zu verfolgen und eine Außenpolitik zu betreiben, über die Stalin so erbost ist, daß er Jugoslawien aus dem Kominform ausschließt. Trotz massiver Wirtschaftsblockade und militärischer Bedrohung durch die osteuropäischen Staaten beharren die jugoslawischen Kommunisten auf ihren Rechten, verteidigen die Souveränität ihres Landes und beschließen in dieser schwierigen Lage, einen eigenen, genuin marxistischen Weg zum Sozialismus zu gehen.

Dazu trägt zunächst die sowjetische Wirtschaftsblockade bei, die Jugoslawien in eine schwere Krise stürzt und Tito zwingt, die USA und westeuropäische Länder um Hilfe zu bitten. Diese sind dazu gern bereit, weil sie Jugoslawien aus dem kommunistischen Lager befreien möchten. Die jugoslawische Regierung weigert sich jedoch, das sozialistische Gesellschaftssystem aufzugeben, und sucht deshalb nach einem Weg zwischen den Blöcken.

Um in der ideologischen Auseinandersetzung mit anderen kommunistischen Parteien und Kritikern aus den eigenen Reihen bestehen zu können, beschließen Tito und seine engsten Mitarbeiter, in den jugoslawischen Fabriken die Arbeiterselbstverwaltung einzuführen. Sie begründen dies damit, daß die Selbstverwaltung der eigentliche, von Marx vorgezeichnete Weg zum Sozialismus sei. Nur wenn die Selbstverwaltung die ganze Gesellschaft durchdringe, könnten Bürokratie und Staat absterben.

Die Selbstverwaltung erwies sich jedoch nicht nur als überzeugendes Argument in der ideologischen Auseinandersetzung, sondern auch als glaubhafte Begründung echter Demokratie. Auf diese Basisdemokratie konnte sich die jugoslawische Regierung berufen, wenn es darum ging, von nichtkommunistischen Ländern neue Wirtschaftshilfe zu bekommen. Blockfreiheit und Selbstverwaltung bestimmen seit vier Jahrzehnten die Politik Jugoslawiens.

Wie Tito diese Politik in den letzten fünfzehn

Jahren seiner Regierung gestaltet hat, diskutierten Fachleute aus verschiedenen Ländern auf einem Symposium in Hamburg. Ihre meist fundierten Beiträge konnte mit einiger Verzögerung Klaus-Detlev Grothusen in einem zweibändigen Werk mit dem Titel „Jugoslawien am Ende der Ära Tito“² herausgeben. Unter dem Gesichtspunkt der Blockfreiheit, zu der sich Jugoslawien ausdrücklich bekennt, beschäftigen sich die Beiträge des ersten Bandes mit der jugoslawischen Außenpolitik. Sorgfältig untersuchen sie die Beziehungen Jugoslawiens zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Staaten und prüfen aufmerksam dessen Verhältnis zu den USA und zur Europäischen Gemeinschaft. Dabei zeigt sich, daß die Übereinstimmungen mit dem Ostblock weit größer sind als die mit westlichen Ländern. Indem die jugoslawische Regierung einerseits sowjetischen Wünschen entgegenkommt und andererseits Moskau kritisiert, gelingt es ihr immer wieder, von den Vereinigten Staaten und Westeuropa besondere Vergünstigungen und neue Kredite zu bekommen. Obwohl sich Jugoslawien in der Gruppe blockfreier Länder sehr stark engagiert, schwindet sein Einfluß, seit sich einige Mitglieder immer mehr dem sowjetischen Einfluß öffnen.

Schwerpunkte jugoslawischer Innenpolitik behandeln die Vorträge des zweiten Bandes, der lange auf sich warten ließ. Sein verspätetes Erscheinen und Hinweise in einzelnen Beiträgen deuten darauf hin, daß es nicht ganz einfach ist, zuverlässige Informationen zu bekommen. Dennoch bemühen sich die Mitarbeiter, gesicherte Erkenntnisse vorzulegen und die jugoslawische Innenpolitik sachlich zu beurteilen.

Um einen guten Überblick zu geben, beginnt der Sammelband mit einem Bericht über die soziale Struktur des Bundes der Kommunisten, der seit über vierzig Jahren die Regierung stellt. Die gründliche Untersuchung zeigt, daß Arbeiter und Bauern unterrepräsentiert sind und wenig zu sagen haben. Eine hochgebildete Elite führt die kommunistische Partei, der viele allerdings nur deshalb beitreten, weil sie sich davon bessere Berufsaussichten und persönliche Vorteile erhoffen. Dabei vertrauen sie auf den großen Einfluß des Kommunistenbunds, der alle wichtigen Positionen in Staat und Wirtschaft mit Parteimitgliedern besetzt.

Wenige Jahre vor seinem Tod schuf Tito, um seine Nachfolge zu regeln und die politische Stabilität zu gewährleisten, ein kollektives Staatspräsidium. Die Mitglieder dieses Bundesorgans, das die Interessen der sechs Republiken und zwei autonomen Provinzen wahren und wichtige Regierungsaufgaben erfüllen soll, gehören ausnahmslos zur Führungsspitze der kommunistischen Partei. Diese enge Verzahnung von Partei- und Staatsführung ist erstaunlich, wenn man voraussetzt, daß die Selbstverwaltung in allen Bereichen voll verwirklicht ist. Wenn sich alle jugoslawischen Bürger tatsächlich gleichberechtigt und aktiv an der Selbstverwaltung beteiligen, ist es unvorstellbar, daß sie mit allem, was die Partei tut, einverstanden sind und ihr deshalb uneingeschränkte Machtbefugnisse einräumen. Die wachsende Kritik am Bund der Kommunisten läßt anderes vermuten.

Eine Antwort darauf gibt ein Beitrag, der sich mit der Partizipation und der kommunalen Selbstverwaltung in jugoslawischen Gemeinden befaßt. Daraus geht hervor, daß die Kommunisten in allen wichtigen Gremien über gesicherte Mehrheiten verfügen und alle Entscheidungen kontrollieren. Dabei kommen ihnen ein kompliziertes Wahlsystem, unzählige Delegiertenversammlungen und zeitraubende Sitzungen entgegen, die es dem einfachen Bürger unmöglich machen, die Entscheidungen zu beeinflussen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Darüber hinaus sind die Delegierten bei schwierigen Entscheidungen auf die Sachkenntnis derer angewiesen, die sie beraten und die Vorlagen für Beschlüsse ausarbeiten. Der Einfluß dieser Fachleute wächst auch deshalb, weil aktuelle Probleme rasch gelöst werden müssen. All dies trägt dazu bei, daß viele die Selbstverwaltung als notwendiges Übel hinnehmen, den Versammlungen fernbleiben und dadurch den kommunistischen Parteifunktionären die Entscheidung überlassen.

Da die Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben ebenso schlecht funktioniert, ist es höchst zweifelhaft, ob Jugoslawien mit der Selbstverwaltung seine wirtschaftlichen und die damit eng verbundenen nationalen Probleme lösen kann. Dabei ist die Selbstverwaltung keineswegs der einzige Grund für die permanente Wirtschaftskri-

se, die das ohnehin getrübt Verhältnis zwischen den Nationalitäten zusätzlich belastet. Mitverantwortlich sind demographische, geographische und historische Gegebenheiten, die zu einem großen Entwicklungsgefälle zwischen den einzelnen Republiken und autonomen Provinzen führen. Da die einzelnen Mitglieder des Bundesstaats ihre eigene Wirtschaftspolitik betreiben und sich zunehmend gegeneinander abgrenzen, zerfällt die jugoslawische Wirtschaft in acht sehr heterogene Teilwirtschaften.

Die Bundesregierung in Belgrad bemüht sich seit Jahren, den unterentwickelten Landesteilen zu helfen und die wirtschaftlichen Ungleichheiten zu beseitigen, um dadurch auch die nationalen Spannungen abzubauen. Dies ist jedoch trotz erheblicher Anstrengungen bisher nicht gelungen. Vielmehr haben sich die Unterschiede wegen des größeren Bevölkerungswachstums, der höheren Arbeitslosenquote und der niedrigeren Arbeitsproduktivität in den unterentwickelten Gebieten weiter vergrößert. Weil greifbare Ergebnisse fehlen, kritisieren die reicheren Länder diese Entwicklungspolitik und versuchen, in der Bundesregierung eigene Interessen durchzusetzen. Dies führt zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Republiken und autonomen Provinzen, die sich nicht darüber einigen können, was den unterentwickelten Gebieten und dem ganzen Land nützt. Tito verstand es, diese Differenzen beizulegen und den Bundesstaat zusammenzuhalten.

Wenige Monate nach Titos Tod führen die schlechten Lebensbedingungen, erwachender Nationalismus und der Wunsch der albanischen Bevölkerung, die autonome Provinz Kosovo zur Republik zu erheben, zu Demonstrationen und schweren Unruhen im ärmsten Gebiet Jugoslawiens. Im Kosovo kommt es zu Gewalttätigkeiten gegen die Serben, die dadurch gezwungen werden, ihre angestammte Heimat zu verlassen. Um die Sicherheit wiederherzustellen, verhängt die Regierung den Ausnahmezustand, setzt Spezialeinheiten der Bundespolizei ein und versucht, durch harte Strafen die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Hier scheinen echte „Probleme des Föderalismus“⁴³ zu liegen, mit denen sich auf einem Symposium in Belgrad jugoslawische und deutsche Juri-

sten befaßten, um den kulturellen und politischen Dialog zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland zu pflegen. Obwohl die Teilnehmer zahlreiche historische, ideologische, rechtliche und wirtschaftliche Aspekte des Föderalismus behandeln und reiche Kenntnisse über die Situation in beiden Ländern vermitteln, geben die jugoslawischen Rechtswissenschaftler keine überzeugende Antwort auf die aktuelle Frage, warum die Forderung der Albaner, Kosovo zu einer Republik zu machen, den Grundsätzen der Selbstverwaltung widerspricht. Als besondere Form sozialistischer Demokratie müßte doch gerade die Selbstverwaltung, die auf Freiwilligkeit und Gleichberechtigung beruht, Möglichkeiten eröffnen, um dem zahlenmäßig größeren Bruder-volk der Albaner die gleichen Rechte einzuräumen wie den Montenegrinern. Wie die Juristen berufen sich auch verantwortliche Politiker auf die Selbstverwaltung und vermeiden es, diese heikle Nationalitätenfrage anzupacken. Sie fürchten sich vor den unübersehbaren Folgen, die sich daraus für ganz Jugoslawien ergeben könnten. Ein weiterer Grund ihres Zögerns ist die langjährige kommunistische Nationalitätenpolitik, die auch Tito betrieb, indem er den Nationalismus als Bestandteil der reaktionären bürgerlichen Ideologie rücksichtslos bekämpfte, nationalen Bestrebungen mißtrauisch gegenüberstand und innerhalb der Partei durch Säuberungen unterdrückte. Seine Hoffnung, die nationalen Gegensätze in Jugoslawien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus mit Hilfe der Selbstverwaltung zu überwinden, hat sich nicht erfüllt. Seinen Nach-

folgern hat er damit ein schweres Erbe hinterlassen.

Viele halten den Bund der Kommunisten für die einzige politische Kraft, die den Vielvölkerstaat zusammenhalten kann. Wie weit er diese Aufgabe erfüllen kann, hängt auch davon ab, ob er die nationalen Rivalitäten innerhalb der Partei überwinden und eine kompetente, durchsetzungsfähige Regierung bilden kann. Innerhalb der Selbstverwaltung müßte er in allen Bereichen Machtbefugnisse an tüchtige Fachkräfte abgeben, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, Mißstände abzustellen und realistische Vorschläge zu machen, wie sich die katastrophale Wirtschaftskrise überwinden und die riesigen Auslandsschulden bezahlen lassen. Ohne einschneidende Änderungen am System der Selbstverwaltung dürfte dies nicht möglich sein. Dies sind nur einige Punkte, die zeigen, wie schwer das Erbe ist, das die Nachfolger Titos zu verwalten haben.

Julius Oswald SJ

¹ Bartl, Peter: Grundzüge der jugoslawischen Geschichte. Darmstadt: Wissenschaftl. Buchges. 1985. 190 S. Kart. 26,-.

² Jugoslawien am Ende der Ära Tito. Bd. 1-2. Hrsg. v. Klaus-Detlev Grothusen, Othmar Nikola Haberl, Wolfgang Höpken. München: Oldenbourg 1983, 1986. VIII, 181 S.; IX, 298 S. Kart. je 68,-.

³ Probleme des Föderalismus. Referate auf dem Symposium „Föderalismus in der SFR Jugoslawien und in der Bundesrepublik Deutschland – ein Vergleich“. Mit Beiträgen von Ernst Benda u. a. Tübingen: Mohr 1985. 247 S. Kart. 78,-.